

Pressemitteilung VBE

Berlin, 24.01.2025
PM 4_25

Behrenstraße 24
10117 Berlin
T. + 49 30 - 726 19 66 0
M.+ 49 151 - 61 54 67 63
www.vbe.de

VBE zum Auftakt der Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen

Keine Zeit für Spielchen

Am heutigen Freitag, den 24. Januar 2025, fanden in Potsdam die Auftaktverhandlungen für den öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen statt. Das Forderungsvolumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro mehr Einkommen, ist die Antwort auf den eklatanten Personalmangel. „Das werden sicher wieder lange Nächte“, kündigte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 9. Oktober 2024 bei der Vorstellung der Gewerkschaftsforderungen für die Einkommensrunde an: „Uns fehlen jetzt schon 570.000 Beschäftigte im öffentlichen Dienst und die demografische Krise beginnt gerade erst. In den nächsten zehn Jahren geht ein Drittel der Beschäftigten in den Ruhestand.“

Rita Mölders, stellvertretende VBE Bundesvorsitzende im Arbeitsbereich Tarifpolitik, äußert sich zur Personalausstattung in den Kindertageseinrichtungen:

„Die beiden DKLK-Studien des Verbandes Bildung und Erziehung (VBE) aus den Jahren 2023 und 2024 zeigen es deutlich auf: Nach wie vor bildet der Fachkräftemangel an Kitas die größte Herausforderung im frühkindlichen Bildungsbereich. 2024 gaben 88 Prozent der Kitaleitungen an, der Personalmangel habe sich verschärft und es sei noch schwieriger geworden, offene Stellen zu besetzen. Dieses Ergebnis ist mit Blick auf unser Bildungssystem alarmierend. Die Realität zeigt, dass zu hohe Arbeitsbelastungen der pädagogischen Fachkräfte zu steigenden Fehlzeiten und Krankschreibungen führen. So ist täglicher Stress vorprogrammiert. Die Gesundheit der Beschäftigten in den Kindertageseinrichtungen und die Gewinnung qualifizierter Fachkräfte müssen höchste Priorität haben. Grundvoraussetzungen dafür sind eine wettbewerbsfähige Bezahlung und attraktivere Arbeitsbedingungen.“

VBE Bundesvorsitzender **Gerhard Brand** ergänzt: „Die Zeit für Taktieren und rituelle Verhandlungsspielchen ist vorbei. Das Personal in den Kitas ist seit Jahren über der Belastungsgrenze. Etwas mehr Geld am Ende des Monats und zusätzliche Tage zur Regeneration sind das Mindeste, was sie an Anerkennung erwarten können. Zudem müssen die Verantwortlichen endlich Maßnahmen ergreifen, die zur Entlastung im Arbeitsalltag beitragen.“

Johannes Glander
Pressereferent des VBE
presse@vbe.de

Der VBE ist eine der beiden großen Bildungsgewerkschaften in Deutschland. Er vertritt ca. 164 000 Pädagoginnen und Pädagogen in allen Bundesländern.

VBE Landesverbände

VBE Baden-Württemberg
BLLV Bayerischer Lehrer- und Lehrerinnenverband
VBE Berlin
BPV Brandenburgischer Pädagogen-Verband
VBE Bremen
VBE Hamburg im DLH
VBE Hessen
VBE Mecklenburg-Vorpommern
VBE Niedersachsen
VBE Nordrhein-Westfalen
VBE Rheinland-Pfalz
SLLV Saarländischer Lehrerinnen- und Lehrerverband
SLV Sächsischer Lehrerverband im VBE
VBE Sachsen-Anhalt
VBE Schleswig-Holstein
tlv thüringer Lehrerverband

In der ersten Verhandlungsrunde erhoben die Gewerkschaften die in der Bundestarifkommission festgelegten **Kernforderungen**:

- Ein Volumen von 8 Prozent, mindestens aber 350 Euro monatlich zur Erhöhung der Entgelte (ggf. zum besseren finanziellen Ausgleich von besonderen Belastungen).
- Drei zusätzliche freie Tage sowie einen freien Tag für Gewerkschaftsmitglieder.
- Einrichtung eines Arbeitszeitkontos, über das die Beschäftigten eigenständig verfügen.
- Die Entgelte u. a. der Auszubildenden sollen um 200 Euro monatlich erhöht werden.
- Eine Laufzeit von 12 Monaten.

Vom Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) sind über 2,6 Millionen Beschäftigte direkt oder indirekt betroffen: Rund 1,7 Millionen Arbeitnehmende und Auszubildende des Bundes (über 156.000) und der Kommunen (über 1.500.000) und weiterer Bereiche, für die der TVöD direkte Auswirkungen hat. Hinzu kommen knapp 370.000 Bundesbeamtinnen und Bundesbeamte, Anwärterinnen und Anwärter sowie fast 600.000 Versorgungsempfängerinnen und -empfänger beim Bund, auf die der Tarifabschluss übertragen werden soll. Mittelbar hat die Einkommensrunde auch Auswirkungen auf weitere Bereiche des öffentlichen Dienstes. Als größter Arbeitgeber in Deutschland muss der öffentliche Dienst eine Vorreiterrolle einnehmen und – vor allem im Wettbewerb mit privaten Unternehmen – sowohl bei der Bezahlung als auch bei Arbeitsbedingungen als ein attraktiver Arbeitgeber wahrgenommen werden. Ein starker öffentlicher Dienst ist gleichzeitig ein Garant für Stabilität.

Der VBE wird bei den Verhandlungen von seinem Dachverband, dem dbb beamtenbund und tarifunion, vertreten. Eine zweite Verhandlungsrunde ist für den 17./18. Februar 2025 angesetzt. Die entscheidende dritte Verhandlungsrunde findet vom 14. bis 16. März 2025 in Potsdam statt.